

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/133

17. Juli 1975

CDU-Big Brother für TV-Redakteure

-----  
Die Fernsehkontrolle im Konrad-Adenauer-Haus

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Presse und Medien" der  
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 30 Zeilen

Endlich den Fischereikrieg beenden !

-----  
Mit Island müssen Verhandlungen aufgenommen werden

Von Karl-Heinz Saxowski MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten

Seite 2 und 3 / 48 Zeilen

Absurdes CDU/CSU-Theater in Bonn

-----  
Sommerliche Wohnungspolitik im Stile der Union

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Der Feind im eigenen Lager

-----  
Katholische Arbeiterjugend "marxistisch-leninistisch  
unterwandert"

Seite 6 / 39 Zeilen

Berufsverbot für Journalisten ?

-----  
Zur Affäre "Stuttgarter Zeitung" contra Dr. Richert

Von Uwe-Karsten Heye

Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 7 und 8 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 30 37 - 38  
Telex: 08 98 840 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

CDU-Big Brother für TV-Redakteure

Die Fernsehkontrolle im Konrad-Adenauer-Haus

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Presse und Medien" der SPD-Bundestagsfraktion

Kenner wußten es schon lange. Nun hat man es auch noch schwarz auf weiß. Nachzulesen in der "Frankfurter Allgemeinen", der "Zeitung für Deutschland" hinter der bekanntlich immer ein kluger Kopf stecken soll. Unter der Überschrift auf der Nachrichtenseite 4 vom 16. Juli 1975: "CDU beobachtet die Fernsehprogramme".

Bei dieser von der CDU-Führung gebilligten "Aktion" gehe es darum, zu kontrollieren, ob die politischen Sendungen von ARD und ZDF, kann man lesen, parteipolitisch ausgewogen dargeboten werden oder nicht. Im Bonner CDU-Hauptquartier "Konrad-Adenauer-Haus" prüfe schon seit drei Monaten ein Extrastab mit dem stellv. Parteisprecher Pruys an der Spitze diese Programme. Bei der CDU wird gar nicht erst verschleiert, daß diese Maßnahmen mit Blick auf die Bundestagswahl 1976 angelaufen sind. Man habe auch schon öfter "kollegiale und freundschaftliche" Briefe an verantwortliche Redakteure geschickt, deren Darbietungen im "Konrad-Adenauer-Haus" als nicht genehm befunden worden sind. Man wolle den Fernsehestalten bewußt machen, daß sie ständig und systematisch beobachtet werden.

Orwell schon 1976! Big Brother is watching you! Bonn, Adenauerallee! Zynischer, offener, drohender und unverschämter ist die Rundfunkfreiheit im politischen Raum seit Gründung der Bundesrepublik noch nie in Frage gestellt worden. Nun werden Herrenreiter-Attacken gegen den Rundfunk und das Fernsehen, wie die vom CDU-Fraktionschef Prof. Dr. Karl Carstens auf dem jüngsten Mannheimer Parteitag erst so richtig verständlich. Die Stopuhr-Zensoren der CDU/CSU unverhüllt in vollem Aufmarsch. Die Guten durch das Löwenthal-Raster, die Bösen in die Panorama- und Monitor-Grube.

Für eine "Feinanalyse" der Ergebnisse sei es allerdings noch zu früh, erklärte CDU-Bundesgeschäftsführer Bilke alert. Natürlich, aber das werden die christlichen Ausgewogenheits-Kontrollleure auch noch schaffen. Wie das ganze Programmiveau. Sofern Bürger, Politiker und Journalisten, die des Grundgesetz ernst nehmen, sich nicht rechtzeitig und mit aller gebotenen Massivität dagegen wehren.

(-/17.7.1975/ks/pr)

**Endlich den Fischereikrieg beenden !**  
-----

Mit Island müssen Verhandlungen aufgenommen werden

Von Karl-Heinz Saxowski MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ohne Überraschung für Fachkreise hat die isländische Regierung nun die 200-Seemeilen-Wirtschaftszone ausgerufen und ihr Inkrafttreten für den 15. Oktober 1975, zwei Tage nach Ablauf der bilateralen Interimsabkommen mit Großbritannien und Belgien, festgesetzt. Island mußte diese 200-Seemeilen-Wirtschaftszone ausrufen, um wirtschaftlich überleben zu können.

Über 80 vH der isländischen Wirtschaft basiert auf der Fischerei oder Fischprodukten. Da der Weltmarktpreis für Fleisch und Fischprodukte gefallen ist, notwendige Importgüter aber sehr preisintensiv sind, kann die isländische Regierung ohne eine Sicherung der Fanggründe und eine Erhöhung der eigenen Fangquoten ihr Handelsbilanzdefizit nicht verringern oder die Bilanz gar ausgleichen. Diese Fakten sollten berücksichtigt werden, wenn der Inselstaat Island entgegen den Urteilen des Internationalen Gerichtshofes ausländischen Schiffen die Zufahrt zu nationalen Fanggründen verwehrt hat und verwehren wird. Die Proklamation der 200-5M-Wirtschaftszone wird zwangsläufig auch eine Signalwirkung auf die dritte Phase der Seerechtskonferenz ausüben, die im Herbst beginnen wird.

Neben diesen ökonomischen Fakten sollten aber auch bei der Beurteilung und Behandlung der Inselrepublik politische und nicht zuletzt ökologische Aspekte hinzugezogen werden. Zur politischen Szenerie sei nur bemerkt, daß Island immer noch NATO-Stützpunkt ist und energiepolitisch von der UdSSR abhängig ist. Zur ökologischen Seite muß betont werden, daß internationale Wissenschaftler die augenblicklich verantwortbare Fangmenge

auf 400 bis 500 Tausend Tonnen festzusetzen, wovon Island für den Eigenbedarf und den Export selbst 400 000 Tonnen benötigt. Bedingt durch den "Arkturus"-Zwischenfall und den dadurch bedingten Anlandestop und nicht zuletzt die harte Wettbewerbelage auf dem Fleisch-Sektor sind die Fronten sehr verhärtet. Aufgrund der zugespitzten Lage erscheint es daher notwendig, mehr Verständnis für die nordatlantische Inselrepublik aufzubringen und als Geistes der Verständigung den Anlandestop, der als Diskriminierung verstanden worden ist, aufzuheben.

Um Islands Fanggründe für deutsche Fischerei-Flotten zu erhalten und um Island politisch näherzukommen, erscheint es angebracht, Verhandlungen aufzunehmen. Obwohl die Verhandlungsführung aufgrund der existentiellen ökonomischen Bedrohung schwierig sein wird, sind aber annehmbare Konditionen erreichbar. Da auch Großbritannien und Belgien einerseits an einem Vertragsabschluss bzw. einer Neuauflage der bestehenden Verträge, Island andererseits an einer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft interessiert sind, kommt diesen, für Binnenbürger recht unscheinbaren Verhandlungen doch eine wichtige außenpolitische und ökonomische Bedeutung zu.

Die Verurteilung der einseitigen Proklamation, dieses einseitigen Schrittes wider das Völkerrecht entspricht dem juristisch einwandfreien, diplomatisch-politischen Standpunkt der Bundesrepublik in dieser Frage und der politischen Notwendigkeit. Aber: Nicht nur innerhalb der isländischen Regierung oder des isländischen Parlaments - quer durch alle Parteien -, sondern auch bei der großen Mehrheit der Bevölkerung herrschte die Meinung vor: Die anderen haben Recht und wir unsere Fläche. Formaljuristisch ist das Problem somit nicht zu lösen. (-/17.7.1975/za/pr)

+ + +

### Abaurles CDU/CSU-Thealer in Bonn

#### Sommerliche Wohnungspolitik im Stile der Union

Wer auch immer meinte, die Union habe keinen Humor, der wurde vor wenigen Tagen nechrücklich eines besseren belehrt. Mitten in den beginnenden Bonner Sommerschlaf hinein platzte sie mit ungewohnten wohnungspolitischen Initiativen. Zunächst geben der CDU-Abg. Dr. Horst Waffenschmidt und Ferdinand Erpenbeck, wohnungspolitischer Sprecher der CDU, vor staunenden Journalisten eine "neue wohnungspolitische Konzeption" ihrer Partei zum besten. Sie zeichnet sich vor allem durch eine Vielzahl von schönen Allgemeinplätzen und markigen, aber unbezahlbaren Forderungen aus. Bei etwas genauere Hinsehen erweist sich das anspruchsvolle Zahn-Punkte-Programm als eine nur schlecht verhüllte Kopie der Zielvorstellungen der Bundesregierung, die hier längst konkrete Initiativen ergriffen hatte. Dies betrifft etwa die Forderungen nach einer Konzentration der Mittel auf besondere Problemgruppen, die verstärkte Förderung der einzelnen Wohnung zur Sicherung tragbarer Mieten und auch die Förderung der Modernisierung.

Dennoch enthält der wohnungspolitische Wunschkatolog der Union auch einiges Bemerkenswerte. Da ist einmal die erneut erhobene Forderung nach Verstärkung der Eigentumbildung im Wohnungsbau. Nun hat diese nie zuvor einen höheren Rang und nie zuvor so gute gesetzliche Grundlagen gehabt, wie unter einer von Sozialdemokraten geführten Bundesregierung. Dies einzugestehen, muß der Opposition sicher schwerfallen. Wie ernst es CDU und CSU aber mit ihren Forderungen auf diesem Feld in Wahrheit ist, das erweise sich bereits einen Tag später im Bundesrat. Dort ging es um das Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau. Gerade dieses Gesetz soll es einkommensschwächeren Bevölkerungskreisen ermöglichen, Wohnungseigentum zu erwerben. Es bringt zugleich mit dem "Mietkauf" die von der CDU in ihrem Katalog geforderte Nachpararmöglichkeit. Hier hätte man also Gelegenheit gehabt, für das einzustehen, was man in Programmen und wohlklingenden Phrasen stets verlangt. Mit der Ablehnung des Gesetzes wurde diese Gelegenheit verpaßt.

Ebenso interessant der Punkt drei des Unions-Katalogs. Hier wird - zwar etwas ungeschrieben, aber doch deutlich genug - die Einführung einer

17. Juli 1975

einkommensabhängigen Wohnwertmiete im sozialen Wohnungsbau gefordert. Zur Erläuterung: Dies ist eine der zurzeit von Fachleuten diskutierten Möglichkeiten, die Mieten im sozialen Wohnungsbau wieder sozial gerechter und die Höhe der Förderung für den Staat tragbarer zu machen. Der Ruf der CDU nach Einführung einer solchen Wohnwertmiete hätte sicher kein so lautes Echo gehabt, wenn nicht erst am Tage der Programmverkündung der CSU-Abg. Lorenz Niegel in einer Pressemitteilung seiner Bundestags-Landesgruppe zu eben diesem Thema Fundamentales von sich gegeben hätte. Die CSU-Pressemitteilung hatte eine an die Bundesregierung gerichtete parlamentarische Anfrage und die darauf vom Bundesbauministerium gegebene Antwort zum Inhalt. Abg. Niegel wollte wissen, wie es die Bundesregierung mit der sog. einkommensabhängigen Wohnwertmiete halten wolle. Die Antwort, daß dieses Problem diskutiert werde und im Prinzip nicht den wohnungspolitischen Grundsätzen der Bundesregierung widerspreche, versetzte den CSU-MdB offenbar in Schrecken. Er warnte laut und vorsorglich, daß diese Idee auf ein Geheimpapier der SPD zurückzuführen sei, das jetzt die Bundesregierung als Befehlsempfängerin der Sozialisten zu vollziehen habe. Hier würde wieder einmal ein Schritt zur Gleichmacherei vollzogen, der unaufhaltsame Weg in den Sozialismus geebnet.

Was mag der CSU-Abg. Niegel wohl gedacht haben, als er den Abgrund an wohnungspolitischen Sozialismus bei der eigenen Schwesterpartei entdecken mußte?

Fazit: Der Bonner Sommer ist nicht nur schwül, er kann auch erheitend sein. Dafür scheint die Opposition auch ohne den sonst gewohnten Untersuchungsausschuß ausreichend Gewähr zu bieten.

Martin Conrads  
(-/17.7.1975/ka/pr)

+ + +

Der Feind im eigenen Lager

**Katholische Arbeiterjugend "marxistisch-leninistisch unterwandert"**

Mit dreimonatiger Verzögerung hat eine Bombe im katholischen Lager gezündet. Bereits im April nämlich hatte die Internationale Katholische Arbeiterjugend (CAJ) auf ihrem 5. Welttrat in der österreichischen Donau-stadt Linz eine Grundsatzerklärung beschlossen, die, wie die Katholische Nachrichten-Agentur jetzt erst mitteilt, eine "marxistisch-leninistische Basis" hat und die internationale Arbeit des katholischen Jugendverbandes auf den Klassenkampf und eine radikale Veränderung der bestehenden Gesellschaft festlegt.

Zu den fundamentalen Zielsetzungen der CAJ zählt (immer nach KNA zi- tiert) die klassenlose Gesellschaft und eine kulturelle (!) Revolution in allen Lebensbereichen. Die Gesellschaft wird von der CAJ unter dem Ge- sichtspunkt der "totalen Ausbeutung der Menschheit durch eine winzige Min- derheit" gesehen. "Das Vorhandensein der beiden einander entgegengesetzten Klassen, das durch die herrschende Klasse geschaffen und aufrechterhalten wird, bewirkt Klassenkampf, Gewalttätigkeit und Ausbeutung", sagt die Analyse, die dem Grundsatzpapier der CAJ zugrundeliegt. Die CAJ gehöre da- bei dem "unterdrückten Volke" an, dessen Interessen sie treu sei. Die jungen katholischen Arbeiter sollen sich mit dem Ziel engagieren, "eine radikale Veränderung der bestehenden Gesellschaft und ihres Lebens" herbei- zuführen, wobei eine zentrale Rolle in diesem Kampf der CAJ die "Gruppe der Militanten" führen soll, also "junge Arbeiter, die beständig in der Aktion mit anderen jungen Arbeitern engagiert sind". In "Anlehnung an Lenins Lehre von der revolutionären Avantgarde" (so die KNA) schreibt das CAJ-Grund- satzpapier den "Militanten" die Aufgabe der Planung und Wertung von Aktionen zu. Als "Basiszelle der CAJ" sei diese Gruppe außerdem "wie ein vorwegge- nommenes Modell der neuen Gesellschaft". Jesus Christus werde zur "Inspi- ration" einer Liebe, die gegen das kämpfe, was die Menschen daran hindere, "einander zu lieben und in Gerechtigkeit zu leben".

Dem ist hinzuzufügen, daß bei der Welttratsitzung in Linz die CAJ-Dele- gation aus der Bundesrepublik sich der Stimme enthalten und lediglich die weibliche CAJ Flanderns gegen das Papier gestimmt hat. Als erster Kirchen- fürst hat der Innsbrucker Bischof Dr. Paul Rusch die Vermutung geäußert, daß in der CAJ eine "Unterwanderung" im Spiele sei, die "den Westen für die kommunistische Diktatur des Ostens reif machen" solle.

Der große Feind ist also mitten im eigenen Lager. Wo aber bleibt das Geschrei der CDU und CSU, die in jedem vermuteten "Linksradikalismus" etwa bei den Jungsozialisten den Untergang Deutschlands und Europas sehen?! Wo bleibt das Geschrei der Springer-Presse? Und wo das Verdikt der katholi- schen Amtskirche in Deutschland?!

(ee/17.7.1975/ks/ee)

+ + +

### Berufsverbot für Journalisten ?

---

Zur Affäre "Stuttgarter Zeitung" contra Dr. Richert

Von Uwe-Karsten Heye

Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Nun also hat der durch seinen Geschäftsführer Eugen Kurz repräsentierte Verlag der "Stuttgarter Zeitung" einen Anlaß gefunden, um den innenpolitischen Ressortleiter der Zeitung, Dr. Fritz Richert, fristlos zu kündigen. Der selbtherrliche Stuttgarter Verlagschef, bei der eigenen Wortwahl nicht gerade pingelig, hatte sich über eine in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wiedergegebene Bemerkung Richerts offenbar so sehr geärgert, daß er flugs die bereits ausgesprochene ordentliche Kündigung Richerts in eine fristlose umwandelte. Doch niemand im deutschen Journalismus sollte es Herrn Kurz und seinem Chefredakteur Dr. Oskar Fehrenbach erlauben, sich die Sache, um die es wirklich geht, so leicht vom Hals zu schaffen.

Was nunmehr nur noch wie eine Stilfrage aussahen soll, ist und bleibt mehr als das. Berührt ist das Selbstverständnis von Journalisten. Erinnern wir uns: Die Kündigung gegen Dr. Richert wurde ausgesprochen, weil er sich zum Vorsitzenden des Deutschen Journalistenverbandes wählen ließ. Die Funktion als Vorsitzender eines Interessenverbandes ist für Verlag und Chefredaktion jedoch unvereinbar mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines innenpolitischen Ressortchefs der "Stuttgarter Zeitung". Richert, dem nahegelegt wurde, für die Zeit seiner Arbeit als Vorsitzender des DJV seine Mitarbeit in der Zeitung ruhen zu lassen - das war bereits ein quasi Rauschmiß -, weigerte sich und wurde daraufhin gekündigt.

Die Frage wäre also zu stellen, wo der Verlag die Gefahr einer Interessenkollision bei Dr. Richert sieht, wenn er zugleich Vorsitzender des DJV und innenpolitischer Ressortchef der "Stuttgarter Zeitung" ist. Richert, bekannt als ein souveräner Kommentator und Beobachter innenpolitischer Vorgänge - seit Jahren übrigens Vorsitzender des Süddeutschen Journalistenverbandes, mithin auch seit Jahren aktiv, wenn es darum geht, berufsständische Interessen der Journalisten zu vertreten -, hat zu keinem Zeitpunkt erkennen lassen, daß er nicht bereit und in der Lage ist, beide Funktionen sorgfältig zu trennen. Mit der Wahl zum Vorsitzenden des DJV soll das nun anders werden? Natürlich nicht. Es gibt kein Indiz dafür, daß Dr. Richert seine Positionen als herausgehobener und herausragender Kommentator der "Stuttgarter Zeitung" nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des DJV anders wahrnehmen würde als bislang, nämlich in einer deutlichen und strikten Trennung beider Funktionen.

Wenn Verlag und Chefredakteur dennoch so tun, als hätten sie erst jetzt entdeckt, daß Dr. Richert auch verbandspolitische Aktivitäten wahrnimmt, die sie für unvereinbar halten mit seiner Aufgabe in der "Stuttgarter Zeitung", dann muß das wohl andere Gründe haben. Welche Gründe das sind, läßt sich auch bei genauer Lektüre der Mitteilungen "In eigener Sache", die Chef-



redakteur und Verleger den Lesern der "Stuttgarter Zeitung" in ihrem Blatt zumuten, nur ungenau ermitteln.

Immerhin: Einer Fundstelle sollte man Beachtung schenken. In der vergangenen Wochenendausgabe der "Stuttgarter Zeitung" läßt sich nämlich folgender Satz in diesem Aufsatz finden, für den Verlagschef und Chefredakteur verantwortlich zeichnen: "Vielleicht hat es sogar sein Gutes, daß eine Klärung in dieser Frage erfolgt, hinter der sich keinesfalls - wie fälschlich behauptet wird - ein Streit zwischen Personen verbirgt, sondern eine ins Dunkelfeld geratene Grundsatzfrage über Umfang und Grenze gewerkschaftlicher Interessenvertretung vom Arbeitsplatz aus". Diesen Satz kann man nun wenden wie man will, es bleibt der dringende Verdacht, daß Verlag und Chefredakteur der "Stuttgarter Zeitung", wenn es um die gewerkschaftliche Interessenvertretung von Journalisten geht, ein Ausnahmerecht proklamieren. Nach dem Motto, gewerkschaftliche Interessenvertretung nur außerhalb der Redaktion: Berufsverbot für Journalisten, die sich ehrenamtlich auch um berufstätische Interessen ihrer Kollegen kümmern.

Dies allerdings ist starker Tobak. Daraus spricht ein Selbstverständnis, das merkwürdig anmutet. Dagegen wirkt selbst Herr Schleyer vom BDA noch fortschrittlich. Jeder Journalist, ob er in einer Zeitung wirkt, ob er in einer Anstalt des öffentlichen Rechts arbeitet oder ob er zeitweise in anderer Funktion im politischen Bereich tätig ist - er muß bei einer solchen Einstellung hellwach werden. Hier wird ein Ausnahmerecht präjudiziert, das eine ganze Berufsgruppe erfaßt, die zugleich einen wesentlichen Faktor darstellt, wenn es darum geht, hartnäckige Restbestände von repressiv genutzter Abhängigkeit im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abbauen zu helfen. Denn: Wie kann ein Journalist glaubwürdig über Arbeitskonflikte in anderen Bereichen berichten, wenn ihm selbst in seiner Berufsgruppe eine wirksame Interessenvertretung unmöglich gemacht wird?

Der Konflikt in der "Stuttgarter Zeitung", so scheint es, wirft mehr Fragen auf, als bisher von vielen erkannt. Er fordert von Journalisten einen kämpferischen Beitrag zur Klärung ihrer Möglichkeiten einer wirksamen gewerkschaftlichen Vertretung, der über bloße Deklamation hinausgeht. "Hurenhaftes Verhalten" (so Chefredakteur Fehrenbach über Richert !) wäre der Anfang vom Ende der ohnedies nur relativen journalistischen Freiheit.

(-/17.7.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller